

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Riesaer Tageblatt Riesa.
Heftaus Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1538
Girokonto Riesa Nr. 52.

N. 237.

Mittwoch, 10. Oktober 1923, abends.

76. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 46 Millionen Mrd. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Schüttungen der Rohne und Materialpreise befallen wir uns das Recht der Preisernahme und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Frist für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Ziffern) 120 Mr.; die 30 mm breite Metallzeile 400 Mr.; zeitraumende und tabellarische Sack 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Beiletpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen verhältnismäßig mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenabschlagszahl. Hohe Tarife. Vermülliger Rabatt erlaubt, wenn der Satztag verfehlt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. schriftliche Unterlagen bei "Gräbler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Biederaner oder der Verförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Umlaufstellen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 100000.

Der Reichstag über das Ermächtigungsgesetz.

Deutscher Reichstag.

vda. Berlin, 9. Oktober 1923.

Reichsregierungsthe Innenminister Dr. Gollmann,
Justizminister Dr. Rabbeth.

Präsident Poehle eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die

1. Sitzung des Ermächtigungsgesetzes.

Dadurch wird die Reichsregierung ermächtigt, dringende Maßnahmen auf finanzielles, wirtschaftliches und soziales Gebiete zu treffen. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abweichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf die Rentenfragen. Die Sozialdemokraten beantragen, die Ermächtigung auch nicht auf die Erwerbslosenfrage auszuweiten. Das Gesetz soll mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft treten. Mit der Beratung steht ein demokratischer Antrag, der einer einzelnen oder mehreren Verbündeten dictatorischer Vollmachten geben will zum Abbau der Reichsverwaltung und zur Eindellung eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. Ferner soll der Geschäftsaufgang des Reichstags vereinbart werden. Ähnliche Maßnahmen sollen mit den Ländern vereinbart werden.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) beantragt die Verweisung des Ermächtigungsgesetzes an einen Ausschuss.

Über den Antrag wird am Schluß der 1. Sitzung entschieden werden.

Abg. Schiffer (Dem.) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu und zwar ohne Ausschußberatung. Die Regierung müsse schließlich zu durchgreifenden Maßnahmen ermächtigt werden. Kein Tag dürfe verloren werden. Es handelt sich um Aufgaben, die im Augenblick gelöst werden müssen, um den Zusammenbruch zu verhindern. Die Zeit der Taktik sei vorüber, jetzt müssen Entschlüsse gefaßt werden. Unser Volk verlangt nach Taten. Alle Stände haben Opferbereitschaft gelebt, jetzt müssen sie es zeigen. Einschränkungen aller Art sind notwendig. Was auf unlösbare Grundlage aufgebaut ist, muß verschwinden. Das souße Wasser muß dem Wirtschaftskörper abgezapft werden. Wenn wir nicht selbst die Kraft haben, diese Vakten auf uns zu legen, so werden andere sie uns aufzwingen. Aus nationalem Selbstachtung müssen wir die Vakten auf uns nehmen, damit wir nicht unter die Peitsche des Bedrängers kommen. Die ungeborene Kraft unseres Behördenapparates muß von der Wirtschaft genommen werden. Der Redner fordert eine Reform des Reichstages, dessen Aufgaben stark gesunken seien.

Abg. Grölich (Komm.) sieht in dem Ermächtigungsgesetz die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. Der Redner richtet bestige Angriffe gegen Stinnes, der mit den Franzosen verbündet.

Abg. Müller-Franken (Soz.) teilt mit, daß die Sozialdemokratie bereit sei, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden müsse, die rasch zum Abgrund gestoßenen Verhältnisse zu meistern. Dazu gehört auch die Währungsreform, die allerdings nur Erfolg haben könne, wenn das Budget in Ordnung gebracht werde. Der Redner fragt, ob die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen deutscher Unternehmer mit den Franzosen hinsichtlich des Abschutzenbesitzes richtig seien, und ob sie von Deputierten die beschämende Antwort erhalten hätten, daß er sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einmische. Bei allen Wirtschaftsverhandlungen muß die Reichsregierung führend sein. Das Privat der Staatsregierung muß erhalten bleiben. Unter keinen Umständen darf zugelaufen werden, daß Einzelinteressen unter dem Schuh der französischen Panzerette ihren Vor teil suchen. Hier ist der Punkt, den das Reichsjustizministerium zu prüfen hat, ob nicht Landesverrat vorliegt. (Beifall links.) Es geht nicht an, daß jetzt die Industrie sich vorsieht und eigene egoistische Ziele verfolgt. Die Regierung muß dies auf dem Posten sein. Der Otto-Wolf-Vertrag mit Degoutte ist der schwere Eintritt in die Regelung der Reparationsfrage, die ausschließliche Sache der Regierung sei.

Abg. Andre (Btr.) weist darauf hin, daß sich der deutsch-nationale Abgeordnete Groß-Thüringen für die Diktatur ausgesprochen habe.

Abg. Dr. Ong (D.W.) stimmt dem Gesetz nicht vom Standpunkt der Partei, sondern von dem des Vaterlandes zu. Im Ermächtigungsgesetz liegt die Idee des Zusammenschlusses, um der Not des Vaterlandes zu begegnen. Es ist keine Diktatur im Sinne des russischen, sondern eine Diktatur der Verständigung. Dem Einzelhandel könne man nicht die Goldförderung verbieten, wenn sie überall eingeschürt werde. Daher müsse die Wuchergefäßgebung aufgehoben werden. Tabak- und zahlreiche andere Steuern müßten durch eine gestaffelte Wareneinfuhrsteuer gedeckt werden. Zur Sicherung der Kohlenwirtschaft könne, wie die Kommunisten glauben, auf die Hebung der Kohlenproduktion nicht verzichtet werden. Wir haben auf die Klärung dieser Frage im Ermächtigungsgesetz nur verzichtet, weil wir hoffen, daß das Parlament hier rasch handeln wird.

Abg. Wulff (dtsch.-ööf.) betont, daß Dr. Stresemann sich erst am 10. August mit aller Schärfe gegen den Gründen der Diktatur gewandt habe. Er habe also umgekehrt. Man verbiete überall die Zeitungen der Rechten, damit das Volk die Wahrheit nicht erfahren soll. Die heutige Koalition werde schon wegen des Arbeitsausstausches

halb verschwinden. Redner fragt weiter, ob der zentrale Verteilungsrat, der Waffen an die Berliner Kommunisten geliefert habe, immer noch nicht abberufen sei.

Innenminister Gollmann:

Auf die Frage, ob deutsche Gesetze im heutigen Gebiet durchgeführt werden sollen, wird die preußische Regierung antworten, wenn sie es für notwendig hält. Die Zeit, wo über die Waffenlieferung entschieden werden kann, wird die Regierung bestimmen müssen. Mit Herrn Wulff unterhalten ich mich nicht über deutsche Ehre, weil er meinem Ministerium ohne ein Wort des Widerstands ein Telegramm übermittelt, in welchem ein ganzer Landesteil drohte, sich unter die Hoheit eines fremden Staates zu stellen. (Beifall.) Den Antrag Schiffer bitte ich der Regierung zur Prüfung zu überweisen. Wegen der Dringlichkeit bitte der Minister, das Gesetz nicht an den Ausklang zu vermeilen. Die Regierung unterliegt weiterhin der Kontrolle des Reichstags und ein Drittel der Abgeordneten könnte sie zur Verantwortung ziehen. Jede Verordnung muß auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden. Schon ein Drittel der Mitglieder des Reichstags könnte die Einberufung des Parlaments verlangen. Von einer Diktatur im üblichen Sinne können nicht die Reden sein. Wenn jedoch Verlust einer illegalen Diktatur werde sich die Reichsregierung zur Wehr setzen. Neben die Verhandlungen der Industriellen mit General Degoutte füllte der Redner noch ein endgültiges Urteil, weil die Regierung das umfangreiche, von der Industrie ihr überreichte Material noch nicht hat prüfen können und eine Antwort aus Paris und Brüssel auf das deutsche Verhandlungsergebnis noch nicht vorliegt. Den Vorwurf der Kommunisten, die Industriellen hätten Hochverrat begangen, wie der Minister zunächst zurück. Wenn das Volk am Abgrund stehe, so habe die Regierung den Willen, mit Hilfe dieses Gesetzes den Weg über den Abgrund zu beschreiten. Der Redner schließt: Geben Sie uns den Weg auf das rettende Ufer frei!

Die Abg. Alvers (Dt. Soz.), Rehr (Vorp. D.W.) und Ledebur lebten das Ermächtigungsgesetz ab.

Bayr. Gesandter v. Preyer: Die bayerische Regierung vermag dem vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen. (Beifall rechts.) Sie trifft Bedenken, in die Hände der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, zumal sie noch einmal auf dasjenige Gebiet miterstrecken sollen, auf dem sie am notwendigsten wären. (Beifall rechts.) Großer Applaus links.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag Helfferich (Dn.) auf Ausführungsberatung wird abgelehnt. Das Haus geht sofort zur zweiten Sitzung über.

Von den Kommunisten wird beantragt, die Reichsregierung solle gegen die Industriellen Stinnes, Bögele, Röckner, Otto Wolf usw. und gegen die beteiligten industriellen Organisationen Anklage wegen Hochverrats, begangen durch ihre Verständigungsversuche mit Frankreich, beim Staatsgerichtshof erheben.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt, die Erwerbslosenfürsorge aus der Erwerbslosigkeit herauszulösen.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) stellt unter Hinweis auf die gestrigen Ausschreibungen des Grafen Westarp nochmals fest, daß die Deutschen Nationalen sich gegenüber der Vorlage ablehnend verhalten müssen. Die Legende, daß die Deutschen Nationalen nur der Regierung Euro zuliebe die neue Steuer bewilligt hätten, sei längst widerlegt. Wir sind heute das armste Volk in ganz Europa. Wir leben seit Jahren von der Subsistenz. Die Reichsausgaben betrugen 1%. Milliarden Goldmark im Monat, also fünfmal mehr als vor dem Krieg und nicht weniger als während des Krieges mit Einschluß der gesamten Kriegsschulden. Der Redner begründet zum Schluß die Anträge seiner Partei, wonach die Bestimmung gestrichen werden soll, daß das Ermächtigungsgesetz vom Bestand der großen Koalition abhängt sein soll, und monach die Reichstagsabgeordneten während der Dauer des Ermächtigungsgesetzes nur an den Tagen Diäten erhalten sollen, an denen Sitzungen stattfinden.

Die folgenden Redner lehnen das Gesetz ab. Der Arbeitsminister Dr. Braune verspricht, seine grundlegenden Aenderungen in der Erwerbslosenfürsorge vorzunehmen.

Der sozialdemokratische Antrag, die Erwerbslosenfürsorge aus der Ermächtigung herauszunehmen, wird abgelehnt, dafür wird ein Kompromißantrag Marx (Btr.) angenommen, die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge aus der Ermächtigung herauszunehmen. Sämtliche anderen Anträge werden abgelehnt. Angenommen wird der demokratische Antrag, der weitgehende Sparmaßnahmen fordert. Das Ermächtigungsgesetz wird im übrigen in zweiter Sitzung unverändert angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr.

Eine neue Verordnung des Befehlshabers.

(Dresden.) Der Befehlshaber des Wehrkreises IV hat folgende Verordnung erlassen: Der Herr Reichswehrminister hat seine Verordnung über Verbreitung nichtamtlicher Nachrichten über Unruhen vom 1. Oktober 1923 aufgehoben. Ich bringe dies zur Kenntnis und verordne:

Wer ungebrühte Nachrichten und Gerüchte, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, durch die Presse, durch Flugblätter oder Handzettel verbreitet, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV.
a.a. Müller. Generalleutnant.

Übermalige Erhöhung der Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Die Reichspost- und Telegrafenverwaltung wird vom 12. Oktober an die Telegraphen- und Fernsprechgebühren erneut erhöhen. Gewöhnliche Telegramme des Fernverkehrs werden 16 Millionen Grund- und 8 Millionen Wortschlußgebühr kosten, Dringungsfrüche 10 Millionen. Die anderen Gebührentypen erhöhen sich entsprechend.

Die Verhandlungen der Industrie mit Frankreich.

Havas berichtet aus Düsseldorf, zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und den Gesellschaften Schön und Rheinkohlewerke sei ein Abkommen getroffen worden. Hierauf nehmen diese beiden Konzerne die Kohlenlieferungen auf Grund des Programms der Reparationskommission wieder auf. Sie zahlen die Kohlenlieferung und die rückläufige Kohlenbeute seit der Belebung. Als Begeleistung werden die beschlagnahmten Metallwaren freigegeben, um es wird den Fabrikanten auf Grund der erzielten Ausfuhrquoten gestattet, die Ausfuhr ihrer Produkte auf der Grundlage der Exporte von 1922 einzunehmen.

Die Arbeitszeit im Ruhrgebiet.

Um Zweck des gestrigen Tages haben auf dem verschiedenen Gebiet überall Belegschaftsversammlungen stattgefunden, die sich mit der Arbeitszeitverlängerung beschäftigen. Erneut versucht bemüht sich die Veranstalter, parteipolitische Tendenzen auszuweiten und die Drage der Mehrarbeit lediglich von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu vertreten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Einigkeitlichkeit an den Abschlußvertrag festgehalten und die eingeschwangene Mehrarbeit verworfen wird. Einzelne Redner traten dafür ein, daß gegebenenfalls eine zeitweise Arbeitzeitverkürzung erwogen werden könnte, jedoch sollte dann die Mehrarbeit als Überarbeitszeit angerechnet werden und die Entschließung möge in Verhandlungen erfolgen. Die Betriebsverwaltungen hatten am Vortrage die geäußerten Anträge abgelehnt. Am Ende standen die Betriebe fest, ihre Verträge einzurichten.

Wie den Sitzungen von gesträndiger französischer Seite mitgeteilt wird, sind die Staatsgruben im Ruhrgebiet ausgewiesen worden, die die Arbeitszeit beizubehalten.

Ausdrücke aus der Centralarbeitsgemeinschaft?

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hat einstimmig den Beschluss, an den Vorstand des Rings der deutscher Gewerkschaften anzuschreiben. Motiviert für diesen Beschluss war die Erwagung, daß das gesetzte schwerindustrielle Unternehmen so willkürlich und einseitig über Weich und Vertrag hinweggeleitet hat. Damit seien die Voraussetzungen für eine ernstliche Zusammenarbeit in der Centralarbeitsgemeinschaft zerstört worden. Der Vorstand des Gewerkschaftsrates wird angeholt, der Tragweite dieses Beschlusses abzuhelfen den großen Ausfluß des Rings zur endgültigen Beschlusstafel einzutragen.

Ein Antrag des britischen Gewerkschaftsvereins an die Reichsregierung.

Der Gewerkschaftsverein britischen Bergarbeiter hat gestern vormittag nach erfolgter Beschlusstafel an die Reichsregierung den dringenden Antrag gestellt, die Verhinderung der Zechenarbeiter im Ruhrgebiet anzunehmen, die nicht nur einen schweren Verlust gegen die Reichsverfassung bringen würden.

Regierung und die Industrieführer.

Zwischen den Mitgliedern der Reichsregierung und den Führern der Ruhrindustriellen haben gestern im Reichstag anstehende Beratungen über die Maßnahmen zur Förderung, Annahme der Arbeit in den betroffenen Gebieten stattgefunden.

Der Partei "Tempo" behilft sich gestern ausführlich mit der neuen "so. im Ruhrgebiet" und stellte eine Besserung, zumal unter Anwendung auf das mit Otto Wolf getroffene Abkommen sei. Dieses Abkommen sei, wie der "Tempo" zu wissen glaubt, bereits der Reparationskommission zur Gutheilung mitgeteilt worden.

Noch keine französisch-belgische Zusammenarbeit mit Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die deutsche Regierung in Paris und Brüssel übereinstimmende Schritte unternommen habe, um Verhandlungen über eine französisch-deutsche Zusammenarbeit im Ruhrgebiet in Gang zu bringen. Zu diesem Zwecke soll eine Kommission aus Vertretern dieser drei Mächte gebildet werden. Diese Meldung trifft für Paris vorläufig nicht zu. Am Dienstag verließ man, daß keine Schritte dieser Art vor der deutschen Regierung unternommen werden seien. Dagegen liegt eine Brüsseler Meldung des Intendanten, daß der deutsche Gesandte beim Außenminister Palmar Befehle der deutschen Regierung im angegebenen Sinne überreicht habe. Palmar soll auch erklärt haben, daß er die deutschen Befehle der französischen Regierung mitteilen werde. Er habe aber gleichzeitig hinzugefügt, daß die Alliierten von deutscher Seite nicht nur Beweise seines guten Willens erwarten, sondern auch Taten und zwar in Form der Wiederaufnahme der Arbeit der deutschen Eisenbahnen im Ruhrgebiet, sowie die Wiederaufnahme der Kohlenlieferung.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 9. Oktober 1923.

Der Landtag trat heute nach längerer Sommerpause erstmals wieder zusammen. Vor dem Landtaggebäude stand eine größere Menschenmenge, die vergleichlich Einschreitungen beobachtete, da die verfügbaren Tribünenplätze bereits vergeben waren. Der Eingang und die Vorhalle waren mit einer Abteilung Sicherheitspolizei besetzt, auch auf den Gängen des ganzen Hauses patrouillierten Polizeimannschaften. Die öffentlichen Tribünen wiesen volle Belegung auf. Auf den Abgeordnetenthalen waren nur wenige Plätze leer. Finanzminister Heselj saß auf seinem Abgeordnetenplatz. Am Regierungstisch waren nur Justizminister Neu und Arbeitsminister Graupe erschienen.

Präsident Winkler eröffnete die Sitzung um 1 Uhr. Nach Verlesung der Eingänge teilte er mit, daß ein Antrag eingegangen sei, die Tagesordnung heute nicht zu erledigen, sondern die Sitzung auf Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags 1 Uhr zu verlängern.

Abg. Dr. Seifert (Dem.) bemerkte, es habe schon nicht viele Zweck, hierher zu kommen, wenn Sitzungen fortlaufen, aber noch viel weniger, wenn die Sitzung verlängert werden sollte. Wenn die Verhandlungen über die Regierungsbildung bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen seien, dann würden sie wahrscheinlich auch bis zum Donnerstag nicht beendet sein; wenigstens könne niemand eine Gewähr dafür übernehmen. Es wäre dann richtiger, die Sitzung auf nächste Woche zu verschieben.

Abg. Dr. Schirach (Soz.) erklärt, die weniger wegen der noch nicht beendeten Verhandlungen über die Reichswehr. Jedermann sei der Willen nach Berlin berufen worden, um die Frage mal eingehend zu beraten. (Aufschreie von rechts.) Sie gerade hätten alle Ursache darüber froh zu sein, wenn die Sache hier nicht zur Verhandlung kommt. (Bursten: Wir?) Ja, Sie werden froh sein, wenn Sie bei diesen Verhandlungen mit heller Haut davontreten. (Aufschreie rechts.)

Der Antrag auf Verlängerung der Sitzung wurde hierauf gegen die Stimmen der drei bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Thüringen wurden gestern in Weimar fortgesetzt. Sie führten zu einer weitgehenden Übereinstimmung in der Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt werden.

Französische Beurteilung der Kurzons-Medie.

Östliche Angriffe auf die englische Politik.

In Paris. In einer Betrachtung der Sonntags-Medien berichtet das "Journal des Débats" die englische Politik hofft an. Das Blatt schreibt: Entweder hat die britische Regierung im Mai 1921 mit uns gespielt, als sie uns ein Schriftstück unterzeichnete, das sie nicht anerkennen wollte, oder sie entsteht sich inzwischen der Erfüllung einer übernommenen Pflicht. Wir müssen deshalb feststellen, daß es nicht die französische Regierung ist, die die Welt beeinflußt, wenn sie die Erfüllung eines von England unterzeichneten Abkommens vertritt, doch vielmehr England den europäischen Wirtschaft verlängert, indem es Deutschland glauben macht, es sei ihm gefallen, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen, und dadurch, daß es durch den Wortführer des Foreign Office öffentlich erklärt, eine solche Verpflichtung, die seine Unterschrift trug, sei niemals von einem Menschen mit gewundem Menschenverstande ernst genommen worden. Lord Curzon hat gegen die Deutschen das play verstehen dadurch, daß er vor den Vertretern der Dominions eine Anklage gegen die französische Politik erhob, indem er die entstandene Unruhe ihr zuschrieb, nicht aber seinen eigenen Freitümern und den Freitümern Lloyd Georges. Vielleicht hat er sich selbst rechtsetzt wollen, indem er sich auf juristische, wirtschaftliche und finanzielle sog. Sachverständige berief. Welche Illusion! Die Staatsmänner leiten nicht die Geschichte ihres Landes nach der Meinung von sog. Sachverständigen, sie verfahren nicht bürokratisch und machen keine Schulungen, sie lassen die Gesamtlage ins Auge und lassen sich von den Lehren der Geschichte leiten. Die Abschaffung der Zahlungsfähigkeit eines Landes durch Sachverständige — mögen sie noch so unparteiisch sein — ist vollkommen werlos, wenn man nicht die Zahlungswillen des Schuldners in Betracht zieht. Man kann erst sagen, was Deutschland zu zahlen fähig ist, wenn es gewissenhaft bemüht hat, während einiger Jahre seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Angelas Heirat.

Roman von E. G. Moberly.

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es bedurfte dazu bei Angela keiner allzu großen Überredungskunst, das junge Mädchen ging bereitwillig auf den Vorschlag ein, und der Trost verschwand aus ihrem Gesicht, um einen schwachen, müden Lächeln Platz zu machen. Sie hoffte nur, Frau Diehl werde ihr nicht in ein paar Tagen wieder den Vorwurf machen, sie lehre die Kinder ganz unglaublich wenig und gäbe ihnen viel zu viel Freizeit. So machte es die liebenswürdige Dame gewöhnlich, und Angela glaubte daher allen Grund zu der Besorgtheit zu haben, es werde auch diesmal so kommen. Dennoch war sie für das dankbar, was der Jugendliche ihr bescherte, und mit müden Bewegungen, die einer menschenfreudlicheren Dame als Frau Diehl wohl aufgefallen wären, nahm sie die Noten zusammen, schloß das Klavier und wandte sich dem Tisch zu, wo ihre übrigen drei Schülerinnen während der Anwesenheit der Mutter sehr ruhig und artig gesessen hatten. Als diese jetzt mit Lent das Zimmer verließ, stürzte sie ihr allig nach, ohne ihre Bücher und Heft weg zu räumen. Angela machte sich daran, dies zu tun und überhaupt das Zimmer in Ordnung zu bringen. Sie tat das alles schlapp und schwerfällig, als ob sie ganz unerträglich müde sei. Über niemand in dem Diehschen Haus summerte sich darum, ob das Kinderstübchen müde war oder nicht. Frau Diehl hatte nur Augen für Ihre Kinder, und sie sah überhaupt nicht, wie das arme junge Ding täglich blößer wurde, und die dunklen Ringe um ihre Augen sich vertieften. Und selbst wenn sie es gesehen hätte, so würde sie wahrscheinlich keine Rücksicht genommen haben, dann sie war von der Natur nicht mit einem mitsühenden Herzen bedacht worden. Sie war nur dann gütig, wenn sie dadurch etwas zu erlangen hoffte, und es war meist ihr Bestreben, von ihren Nebenmenschen soviel wie nur irgend möglich zu erlangen, und Ihnen nur soviel zu geben, wie sie unbedingt mußte. Sie hatte immer geglaubt, in Fräulein Karberg eine große Aquisition gemacht zu haben und war nicht müde geworden, ihren Bekannten zu erzählen, was für eine günstige Erwerbung sie an der kleinen Erzieherin gemacht und wie billig sie sich ihre Dienste gesichert hatte.

"Ich habe die Sache so an," pflegte sie gern zu sagen.

Die Arbeiten des Volksbunds.

Genf. Am 8. Oktober trat im Volksbund ein Komitee von Regierungssachverständigen zur Beratung über die Frage der Doppelsteuerung und Kapitalflucht zusammen. — Am 15. d. Monats beginnt die internationale Vollversammlung, zu der Deutschland eingeladen wurde. — Am gleichen Tage hält der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes seine 20. Tagung ab. Am 22. d. Monats tritt dann die Internationale Arbeitskonferenz zusammen, die in diesem Jahr nur eine Woche dauern wird, auf die am 20. d. Monats eine vom Verwaltungsrat des Arbeitsamtes einlaufende Konferenz für internationale Arbeitsstatistik folgen wird, die eine Klassifizierung der Industrien und Berufe und statistische Erhebungen über Wohn-, Arbeitsdauer und Arbeit verhältnisse vornehmen will. — Am 15. November endlich wird danach die zweite allgemeine Verschöndungs- und Transaktionskonferenz ihre Arbeiten eröffnen; auf ihr wird Deutschland vertreten sein.

Die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten.

Über die Frage der Rückkehr der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Beamten teilt das Organ der internationalen Rheinlandkommission, das "Echo du Rhin" anschließend offiziell mit, daß die Frage der Rückkehrung der deutschen Beamten zu einer eingehenden Beratung Anlaß gebe. Obwohl Frankreich und Belgien keine Verpflichtung gegenüber den ausgewiesenen Beamten eingegangen seien, würden sich die beiden Länder der Rückkehr einzelner deutscher Beamten zwar nicht widersetzen, auf jeden Fall aber werde jede Rückverfügung einzeln geprüft. Hinlänglich der Anweisungen sei bereits eine erste Meinung gemacht worden. Diese Meinung werde noch anhalten. Sie könnten in den dekolonialen Gebieten nur die Beamten rheinischer Herkunft ihre Posten wieder einnehmen. Kein einziger französischer Beamter werde je wieder linksrheinisches Gebiet betreten.

Tagesgeschichte.

Deutschland: Wirtschaft.

Der Papst verlangt Begnadigung der gesangenen Deutschen. Monsignore Testa hat General Tequouie das Verlangen des Papstes nach Begnadigung deutscher politischer Gefangener übermittelt. Deutsche Industrie in New York aufgestellt. Dem "Daily Telegraph" aufzugehen sind deutsche Großindustrielle in New York eingetroffen in der offensiven Abicht, die amerikanischen Kapitalisten für ihre Unternehmungen zu interessieren. An der Spitze dieser Verbindlichkeit steht Herr Pott und Herr Professor Bosch. Man betont, daß sie von amerikanischer Seite jedoch keine Hilfe zu erwarten haben. Die Deutschen hätten die aufleidige Hoffnung, mit den Vereinten Staaten praktische Abschlüsse zu erzielen.

Die Botschafterkonferenz fordert Aufklärung über den Küstnern Bush. Aus Berlin wird dem "Newark Herald" mitgeteilt, daß die Botschafterkonferenz durch Vermittelung der interalliierten Kontrollkommission von dem Berliner Stabamt genauen Aufschluß über die Vorgänge in Österreich erhalten habe. Generalversammlung der Reichsbank. In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Reichsbank legte der Vorsitzende, Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Hannenstein, einen im Reichsbankdirektorium aufgestellten Entwurf zur Abdankung des Bankgehebes vor. Die Abdankung, die im Zusammenhang mit der Gründung der Währungsbank notwendig wird, soll die einmütige Zustimmung der Generalversammlung. Zugleich wurde das Reichsbankdirektorium ermächtigt, Sonderzurück des Geschäftswesens, die sich bei der weiteren Behandlung durch die aufgezeigten Faktoren ergeben sollten, ohne nochmäßige Einberufung der Generalversammlung lediglich im Benehmen mit dem Zentralausschuß zu regeln. Die Einzelheiten werden der Entwurf aus dem Studium der Vorbereitung herausgekommen ist und dem Reichstag vorgelegt wird.

Die neuen Beamten gehälter. Der Leistungsaufschlag auf die Beamtengehälter, der für die Zeit vom 24. September bis 8. Oktober 699 900 Prozent betrug, so vom Oktober ab auf 1 339 900 Prozent erhöht worden. Hierzu tritt für Berlin ein Sonderzuschlag von 217 000 Prozent. Die Belegschaft erfährt somit eine Verdopplung. Zum Rücktritt des Staatssekretärs Rheinbaben. Wie das "B. Z." zu dem Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs in der Reichskanzlei, v. Rheinbaben, hört, hat der Staatssekretär sein Amt bereits Sonnabend früh, als die Wiederkehr des großen Koalitions geschah, war dem Kanzler zur Verfügung gestellt. Herr v. Rheinbaben war bereits seit einiger Zeit der Ansicht, daß an Stelle der großen Koalition ein überpartei-

listisches Kabinett zu treten habe, daß in der Haushaltssache von Männern der Wirtschaft und der Finanz getragen sei. Er hatte daher, als die große Koalition wiederum berechtigte Zwecke, ob er noch bei Sozialdemokratie, Demokratischem Zentrum und der überwiegenden Mehrheit der Deutschen Volkspartei das Vertrauen genieße, das für sein Amt erforderlich ist. Nachdem sich der Kanzler zunächst noch Bedenken zur Entscheidung über das Gesuch ausgedehnt hatte, hat Herr v. Rheinbaben sein Temmisionsgesuch schriftlich wiederholt.

Wohltes Verträge für Fahr. Die Vorstandsschaft und die Fraktionsmitglieder der bananischen Mittelpartei kamen mit Ausnahme von Dr. Roth zu der einheitlichen Auffassung, dem Generalstaatskonsulat v. Roth Vertrauen entgegenzubringen. Auch die Fraktionen der vereinigten Fraktion der Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei in Bayern ergab hinsichtlich der Bevölkerung Rotes volle Übereinstimmung.

Die Deutsche Hochschule für Politik teilte mit: Für die Ausbildung der diplomatischen Beamten ist nunmehr eine wesentliche Renerierung geschaffen worden; während die Amtszeit des Auswärtigen Amts bisher neben ihrem praktischen Dienst im Auswärtigen Amt gleichzeitig einzelne Vorlesungen zu hören bekommen, werden sie von jetzt ab je ein Jahr lang vom praktischen Dienst dispensiert und während dieser Zeit in einem besonderen Fortbildungskursus an der Deutschen Hochschule für Politik ausgebildet, der mit einer besonderen Abschlussprüfung endigt. Dieser Kursus ist die Weitererung des auswärtigen Dienstes beginnt an der Deutschen Hochschule für Politik am 15. Oktober. Unter den dafür gewonnenen Beruflichkeiten finden wie bekannte Namen wie Erich Moritz, Meinecke, Treitel, Doeblin, Staatssekretär Dr. Becker, W. Vogel, Gustav Mayer, Smend, Braun und von anderen Universitäten: Onden, Gotha-Heidelberg, Gotha, Wiedenfeld, Schreiber-Münster, Niemeyer, Voigt-Leipzig, Brinckmann und Hugo Schupp.

Türkei.

Ein türkischer Mahnruf an die deutsche Industrie. Von vielen Seiten der europäischen Industrie wurden dem Wirtschaftsministerium der Türkei Anregungen gegeben, damit demnächst in einer türkischen Stadt eine internationale Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen veranstaltet werde. Die türkische Regierung hat diesen Anregungen das größte Interesse geschenkt. Die einzähnigen Industrien des Orient haben daher auch Vorbereitungen getroffen, diese Ausstellung demnächst in Adana zu verwirklichen. Das Wirtschaftsministerium beschäftigt sich gegenwärtig mit der Bildung eines Komites und wird auch in nächster Zeit ein Programm über die Organisation dieser Ausstellung herausgeben. Türkischerseits wird力争 das Gedau zum Ausdruck gebracht, daß trotz fehlender Anregungen und Einladungen, die deutsche landwirtschaftliche Maschinenindustrie, die doch einen ganz besonderen Wert auf dem Gebiete besitzt, sich bisher ablehnend verhalten hat. Aus fast allen Balkanstaaten, aus Teutsch-Ostpreußen, Ungarn und der Tschechoslowakei seien bereits Anmeldungen eingegangen. Um dieser Ausstellung eine wirklich internationale Bedeutung zu geben, die Vollständigkeit und einen guten Erfolg zu sichern, sei die Unabhängigkeit der deutschen Landwirtschaftlichen Maschinenindustrie unabdinglich notwendig. Die türkischen Kreise geben die Hoffnung nicht auf, daß die deutsche Industrie doch noch aus ihrer ablehnenden Haltung heraustritt und sich rege an dieser bedeutenden Ausstellung beteiligen wird.

Bulgarien.

Bulgarisch-italienische Annäherung. Der bulgarische Ministerpräsident Bankow hat dem Vertreter der "Corriere d'Italia" Mitteilungen gemacht, wonach Bulgariens Ziel sei, mit Italien im engsten Sinne zu arbeiten. Aus diesem Grunde wird in diesen Tagen in Bulgarien ein Verein der bulgarisch-italienischen Freundschaft gegründet, welcher die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zur Entwicklung zu bringen versuchen wird.

Spanien.

Gegen den Wucher in Spanien. Eine neue Verordnung des Direktoriums verbietet bei dem Verkaufe von Lebensmitteln einen Gewinn, der 14% übersteigt.

Die Presse aus deutschen Kreise. "Opinion" beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der deutschen Krise und gelangt zu der Feststellung, daß die sozialistische Partei unter der Last ihrer Differenzen auseinandergebrochen und also für den Kommunismus freie Bahn geschaffen war. Die klerikale "Cittadella del Mar" erklärt, daß die separatistischen Bestrebungen im Norden nur mit französischem Gold möglich seien, und hebt hervor, daß ein Mangel an gutem Willen seitens der französischen Regierung von neuem festgestellt ist. Die französische offizielle Presse läßt Vincenzo Ubaldis Absicht einer dauernden Ruhrbesetzung klar durchblicken.

Die Mutter sah in einem bequemen Rockstuhl dabei und ging ihr mit gutem Rat zur Hand. Sie war immer bereit, sich zu freuen, wenn Angela etwas besonders gut gebrachten war, und das junge Mädchen zu begleiten, wenn Schnüren oder Knöpfe in ihren Gewändern gehäuft hatten, oder wenn zu viel Regen oder zu viel Sonne ihrem Kleid Schaden getan hatte. Der Garten war für die beiden einsamen Frauen eine wahre Quelle der Freude gewesen, und noch heute, nach zwei Jahren, gab es Angela einen Stich ins Herz, wenn sie an jene glücklichen Sommermonate dachte.

Sie lebte jetzt am offenen Fenster und blätterte in den düsteren Hof hinaunter und überlegte, wer wohl jetzt in ihrem Garten pflügen würde und wer das kleine Haus bewohnte, das sie im tiefsten Herzen immer noch "zu Hause" nannte. Frau Karberg war lange Jahre leidenschaftlich gewesen, aber schließlich war das Ende ganz unerwartet und plötzlich gekommen, und Angela sah sich nicht nur mutterlos und ohne Verwandte oder nähere Freunde, sondern auch tatsächlich ohne einen kleinen Vermögen vor dem Kampf ums Dasein gestellt. Die Leidenschaft erlosch mit dem Tode der alten Frau, und es blieb dem Mädchen nichts, aber auch gar nichts, als der kleinen Tochter, der sich aus dem Verkauf der Möbel ergab. Dazu kam, daß ihre Erziehung sie in keiner Weise zu irgendwelchem Beruf befähigte, es war die landläufige Erziehung der "höheren Tochter", die von allem ein bisschen, aber nichts gründlich lernt. Frau Karberg hatte immer den Plan gehabt, nächstens einmal etwas für Angelos Zukunft zu tun, aber bei diesem Plan, der in seiner Unbestimmtheit so charakteristisch für eine gewisse Klasse junger heiligenspiriter weiblicher Wesen ist, war es eben gebrochen. Die Mutter hatte immer vorgehabt, für das Kind zu sparen, aber es war nie dazu gekommen, und während ihrer langen Leidenszeit hatte sich eine Art naiven Glaubens bei ihr gebildet, sie werde schon leben bleiben, bis Angelos Verlobter sei, und über das "Wie" dieser Verlobung machte sie sich schließlich gar keine Gedanken mehr, ber sie Gott würde es schon regeln machen. Und so hatte sie nie den Verlust gemacht, etwas von ihrer kleinen Rente für Angelos Zukunft zu legen, und als der Tod sie dann nach jahrelangem Jögern so plötzlich dahintrieb, war keine Zeit mehr, irgendwelche Anordnungen zu treffen, ganz abgesehen davon, daß auch gar keine hätten getroffen werden können, wenn Zeit gewesen wäre.

Örtliches und Sächsisches.

Niesa, den 10. Oktober 1923.

Die Vereinigung

Niesa-Gröba-Wieda genehmigt.

Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für Volksbildung genehmigt, daß sich die Landgemeinden Gröba und Wieda nach Wahlgabe der vorgelegten Ortsräte am 15. Oktober dieses Jahres mit der Stadtgemeinde Niesa vereinigen. Einem Antrage mehrerer Einwohner der Gemeinde Gröba auf Vornahme einer Urabstimmung über die Eingemeindung hat mangels gesetzlicher Grundlage nicht stattgegeben werden können. Die Verordnung hierüber ist heute beim liegenden Rat eingegangen.

* Stadtrechtsanträgen betrifft. Die aus Anlaß der Stadtrechtsfeier angefertigten Gedenkblätter werden, soweit der Vorrat reicht, noch bis zum 20. Oktober läufig abgegeben. Interessenten seien hiermit auf die Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil aufmerksam gemacht.

* Operetten-Aufführung. Die Spielleitung des Dresdner "Modernen Theaters" hat mit der gestrichenen Wiederholung der Wilberth'schen Operette "Die leidenschaftliche Susanne" ahermals eine leich Ausführung geboten. Die Belebung der Haupt- und Nebenrollen definierte wiederum allgemein. Die Operettenträger legten reinen Proben ihrer Leistungsfähigkeit ab. Wenn man auch dem Werke an sich nicht allzuviel abgewinnen kann, so muß doch zugenehmen werden, daß die Aufführung bestens geeignet ist, allen, die sich nach einigen Stunden launiger Unterhaltung sehnen, gerecht zu werden. Der mehrfach eingeschlagene starke Seiffelisch erkennen, daß die Darbietungen den Erwartungen der sehr zahlreichen Zuschauern entsprochen haben. Der musikalische Teil wurde von der kleinen Kapelle wiederum mit anerkennenswerter Hingabe durchgeführt.

* Meine Entlassung von Arbeitnehmern in Sachsen! Auf Grund des § 48 der Reichsverfassung hat das Reichsministerium verordnet, daß Entlassungen von Arbeitnehmern nur vorgenommen werden dürfen 1. aus einem Grund, der nach dem Gesetz zur Rundigung des Dienstleistungsbüros durch Einhaltung einer Kündigungsschrift berechtigt, 2. auf Grund einer Kündigung, die vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung stattgefunden hat und auch ohne diese Verordnung zulässig wäre, 3. auf Grund von § 4 Abs. 1, 4. gegenüber einem Arbeitnehmer, der nur zur vorübergehenden Ausfälle oder für einen vorübergehenden Zweck angestellt worden ist, sofern keine weitere oder andauernde Verwendung im Betrieb möglich ist, 5. wenn die in § 2 vorgesehene Betriebsauslegung nach den Verhältnissen des Betriebes nicht möglich ist. Nach § 2 kann anstelle von Entlassungen nur eine Arbeitskündigung durch Herauslegung der Bodenarbeitszeit bis auf 8 Stunden oder, falls sie nach den Verhältnissen des Betriebes nicht möglich ist, eine Auslegung des Betriebes im ganzen oder zum Teil eingetreten. Im Fall der Arbeitskündigung darf der Arbeitgeber eine Kündigung des Lohns oder Gehalts erst vornehmen, wenn er 14 Tage vorher die Arbeitskündigung durch Anschlag angekündigt hat. Eine Betriebsauslegung darf er erst 4 Wochen nach Kündigung vornehmen. Er kann verpflichtet werden, seinen Betrieb nach vierwöchiger Auslegung ganz oder zum Teil wieder aufzunehmen. Will er seinen Betrieb ganz oder teilweise wieder aufnehmen, hat er dies durch Anschlag bekanntzugeben und soweit möglich, die Arbeitnehmer wieder einzustellen, die nach dem 14. August 1923 entlassen worden sind, wenn sie sich binnen einer Woche nach der Bekanntmachung melden. Doppelverdiener sind unverzüglich mit achtjähriger Kündigung zu entlassen, sofern nicht ausnahmsweise Weiterbeschäftigung notwendig erscheint. Als Orakel muß ein Erwerbstreuer eingestellt werden. Pauschalitäten dürfen nicht vorgenommen werden. Ausfälle regeln die Fragen im einzelnen. Zuverhandlungen werden mit Geldnis oder Geld bekräftigt. Die Verordnung ist am Montag in Kraft getreten und tritt spätestens nach drei Monaten außer Kraft.

* Teneurungsanlagen und Beitragserhebung in der Invalidenversicherung vom 1. Oktober 1923 an. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 werden die zu den Renten der Invalidenversicherung zu gewährbenden Teneurungsanlagen, die einen Bestandteil der Rente bilden, nunmehr monatlich unter Berücksichtigung des Reichsindeks der Lebenshaltungskosten, getrennt für Invaliden- und Alters-, Witwen- und Waisenrenten, festgelegt. Für den Monat Oktober betragen sie für Invaliden- und Altersrenten 100 Millionen M., für Witwenrenten 80 Millionen und für Waisenrenten 50 Millionen M. Den ständig wechselnden Verhältnissen Rechnung tragend, sind die Grenzen der bisherigen Lohnklassen und die bisherigen Beiträge vom 1. Oktober 1923 verabschiedet worden, womit augleich Deckung für die neuen Teneurungsanlagen geschaffen wird. Die Jahresarbeitsverbinden und Wochenbeiträge in den neuen Lohnklassen sind folgende: Lohnklasse 86, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50; Jahresarbeitsverdienst unter 14,4 bis 18, 24, 36, 48, 60, 84, 120, 180, 240, 300, über 300 (in Milliarden M.). Wochenbeitrag (in Millionen M.): 1,4, 5,7, 7,4, 10,6, 11,8, 19,25, 36, 52, 74, 94, 116. Für alle Versicherten mit einem Jahresarbeitsverdienst unter 14,4 Milliarden M. sind Beiträge nach Klasse 86 mit 1,4 Millionen zu entrichten. Diese Beiträge gelten vom 1. Oktober 1923 an. Es werden aber auch für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1923 Beitragsmarken nur in den angegebenen Lohnklassen zu den angegebenen vergangenen Kosten verkaufen. Bei etwaigen Nachveränderungen sind also von jetzt an mindestens 50 Millionen der Lohnklasse 86 zu 1,4 Millionen M. zu verwenden. Bis auf weiteres werden von den Postanstalten die für diese Lohnklassen bereits angefertigten Marken mit den einfachen Werten zum sechsfachen Betrage verkauft.

* Wegen Überschreitung der Butterhöchstpreise sind bestraft worden die Händlerin Pauline Hauswald in Dresden-N., Städtelgasse 9, 1. und der Händler August Roos in Dresden-N., Städtelgasse 9, 1. Etage, zu je 60000 Mark Geldstrafe oder für je 50000 Mark 1 Tag Gefängnis.

* Deutscher Beamtenbund. Die Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes verbreitete folgende Rundgebung an ihre Mitglieder: „Unterstützende rechts- und linksradikale Kreise lassen von Tag zu Tag immer mehr die Maße fassen. Oft wird in Wort und Schrift und Handlung zu einem Kampf gerufen, der letzten Endes die Auflösung des Reiches und die Belebung der Republik und damit der Grundlage für eine freiheitliche und soziale Entwicklung des Volkesatzes bedeutet. Angesichts dieser Verhältnisse ist es Pflicht eines jeden Beamten und Lehrers, sich von vorheriger vollkommen klar einzufallen. Der Beamte hat den Eid auf die Verfassung von Weimar geleistet und damit daß Treueidnis zur Republik abgetragen. In diesen Zeiten, wo gewissenlose Herren am Werke sind, die Leidenschaften zu entfesseln, um durchs Blute zu erreichen und das deutsche Volk in das Verderben zu führen, gilt es für Beamte

und Lehrer, in jeder Lage Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, sich zu keiner „Aktion“ verleiten zu lassen und nur den Weisungen des Führers zu folgen. Sollte es trotz aller Gegenmaßnahmen nicht gelingen, die aus Illustria hinabtretenden Kreise von ihrem Vorhaben abzuhalten, so erachtlich für den Beamten und Lehrer schon aus seinem Bekennnis zur Republik die selbstverständliche Pflicht: zum Schutz der Republik sich mit seiner ganzen Person einzufallen.“

* Kombinationen über die Regierungsumbildung in Sachsen. Wie verlautet, sind die Meinungen über die Zusammenfassung des neuen sozialistisch-kommunistischen Ministeriums lediglich Kombinationen. Es wird geagt, daß die Kommunisten das Finanzministerium und das Ministerium für Volksbildung erhalten, und daß sie für das erste Brandt, für das zweite Böttcher präsentieren werden. Andere Blätter nennen Böttcher und Renner oder Brandt und Schneller. In Wirklichkeit steht sowohl über die Verteilung der Ministerien wie über die Auswahl der Minister bis jetzt noch nichts fest. Die Entscheidung wird erst heute Mittwoch fallen.

* Die Tierärztliche Hochschule in Leipzig. Die von Dresden nach Leipzig übergeführte Tierärztliche Hochschule wurde durch den Rektor in Begleitung der Dekane der Fakultät und des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Baum, bisher an der Tierärztlichen Hochschule in Dresden, eröffnet und in den Verband der Leipziger Universität aufgenommen. Zum ersten Dekan der neuen Fakultät ist Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Baum gewählt worden.

* Schlafwagen für allein reisende Frauen. In den Schlafwagen 3. Klasse wird von nun an das erste und letzte Abteil alleinreisenden Frauen vorbehalten. Diese Abteile dürfen mit männlichen Reisenden nur dann belegt werden, wenn die Infasen gegen die Mitbenutzung durch männliche Reisende nichts einzutwenden haben.

* Die neuen Versicherungsarten. Das Reichsversicherungsministerium teilt mit: „Soweit einem Arbeitgeber die rechtzeitige Beschaffung von Marken für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober infolge eines Umstandes, den er nicht zu vertreten hatte, unmöglich war, kann er in der Invalidenversicherung bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt und in der Angestelltenversicherung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Abgabe von Beitragsmarken zu dem aufgedruckten Geldwert beantragen. Dabei werden aber in allgemeinen nur Beitragszeiten der längsten Vergangenheit in Frage kommen. Die Post wird, wie in der Verordnung vom 29. September angeordnet ist, die Leitungsarten nur zum zehnfachen Geldbetrag verkaufen: So kann nicht die Gründe untersuchen, aus denen die rechtzeitige Verwendung der Leitungsarten unterbleibt. Anträge, die beim Reichsarbeitsministerium oder Reichsvorposten unterliegen Lieferung von Beitragsmarken zum alten Preise eingereicht sind, werden daher an die zuständigen Versicherungsanstalten abgegeben.“

* 1 Kubikmeter Gas in Dresden 50 Millionen Mark. Der Rat zu Dresden schreibt: „Infolge der weiteren starken Erhöhung der Leitungen kann der Preis für die Gasnachfrage nicht mehr aufrechterhalten werden. Von heute, Mittwoch, muß daher eine Erhöhung des Preises auf 50 Millionen Mark für den Kubikmeter eintreten.“

* Evangelisch-Luth. Landeskirche. Nach den Beratungen des am 5. Oktober in Dresden getagten Kirchenregiments-Kollegiums ist mit dem Zusammenschluß der Landeskirchen etwa Anfang Dezember zu rechnen.

* Gemeindewahlen betrifft. Auf Grund mehrfacher Anträge weist das Ministerium des Innern darauf hin, daß ein Bürgermeister, Gemeindevorstand, Stadtratsmitglied oder Gemeinderäte, der nach der neuen Gemeindeordnung zum Gemeindevorordneten gemacht wird, durch die Annahme der Wahl sein Amt nicht verliert, sondern bis zum endgültigen Inkrafttreten der Gemeindeordnung vom 1. August 1923, trotzdem er Gemeindevorordnet ist, in seinem bisherigen Amt verbleiben darf.

* Verschmelzung aller Streitungen des alten Heeres. Die zahlreichen Truppenfonds und Spenden des alten Heeres haben durch die Geldentwertung nicht seine Bedeutung mehr. Auch wenn man das Kapital der einzelnen Fonds aufbrauchen wollte, wäre damit eine wichtige Hilfe in der Regel nicht möglich. Um Verluste zu sparen und durch eine Zusammenfassung der Mittel Möglichkeiten der Unterstützung zu schaffen, ist jetzt angeordnet, daß die Befunde sämtlicher Truppenfonds zusammengelegt und gemeinsam verwaltet werden. Das gesamte Vermögen ist oder wird einfache in verständigen Papieren angelegt und bei der Reichsverwertungskasse in Berlin hinterlegt. Bis zum Abschluß der Neuverregelung können den Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aus den Fonds keine Mittel überwiesen werden.

* Lommatzsch. Vierhundert Jahre sind vergangen, seit die Stadtkirche zu Lommatzsch in ihrer jetzigen Gestalt im Bau vollendet wurde. Die Kirchengemeindevertretung hat beschlossen, dieses Kirchenjubiläum am 28. Oktober d. J. zu begehen. Die Feier soll den Beutümständen gemäß in einfacher Form vor sich gehen, und zwar soll früh 9 Uhr eine Messe am Festgottesdienst und abends 18 Uhr eine Gemeindefeier am Ende der Kirche gehalten werden.

* Dresden. Bei der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß in einer Schankwirtschaft in der Neustadt von dem Wirt und einem Schneidermeister, der in der Schankwirtschaft seine Werkstatt hat, ein schwunghafter Handel mit gestohlenen Sachen betrieben wurde. Am 5. Oktober besiegte die Kriminalpolizei die Schankwirtschaft und nahm eine eingehende Durchsuchung der gesamten Schankräume sowie der Wohnung des Schneidermeisters vor. Hierbei wurde ein großes Diebeslager und Schiebernei festgestellt. Es wurden Stoffe, Mäldinen, Werkzeuge und andere Sachen im Gesamtwert von nahezu 150 Millionen Mark vorgefunden und beschlagnahmt. Die Sachen kommen in der Hauptstube aus Einsteige- und Raubdiebstählen her. Der Gastronom sowie der Schneidermeister, der in der Hauptstube die gestohlenen Waren aufsuchte und auch zu verstreben suchte, wurden wegen Dieberei festgenommen. Bei den weiteren umfangreichen Prüfungen wurden auch die Diebe, ein Schmied, ein Arbeiter und ein ehemaliger Koch, ermittelt und festgenommen. Von den beschlagnahmten Sachen konnte ein großer Teil den Befestigungen zurückgegeben werden.

* Grimmaischau. Von einem Erbbegräbnis wurden die bronzene Eingangsstille und die auf der Einsalzung des Begräbnisses befindlichen 16 Engelköpfe mit Flügeln entwendet. In dem Diebstahl dürften mehrere Verbrechen beteiligt sein, denn es wurde auch versucht, das Säulen aus den Sandsteinblöcken herauszuwickeln, wobei die Säulen zerstört wurden.

* Mittelmittendorf. Ein Opfer der alten Unfälle, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, wurde am Sonntag der 22-jährige Wirtschaftsgehilfe Kurt Klöpner. Er wurde versucht, um den Anhänger nach Bölkau noch zu erreichen, auf den bereits fahrenden Zug aufzuspringen, was jedoch fehlgeschlagen und unter die Räder geraten. Der Tod trat sofort ein.

* Leipzig. Anfolge einer Pünktentäuschung verstarb am Sonntag der Inhaber der Sächsischen Konferven- und Margarinefabrik, Leipzig, Kommerzienrat Paul Francke-Vingklin. Aus kleinen Anfängen heraus ist er seiner Firma Weltweit. Er war u. a. Vorstandsratsvorsitzender des Bundes der Industriellen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. Oktober 1923.

Schwere Gefangenenuhrungen.

* Berlin. Nach einer Meldepunkt aus Brüder ist es bei der Einlieferung von aus dem Justizhaus Brandenburg ausquartierten Gefangenen in die Brüder Strafanstalt zu schweren Unruhen gekommen, bei denen die Beamten von der Waffe Gebrauch machen mußten. Die Waffelöffnungen wurden festgenommen. Neben die Ankunft wurde das Schweißgebot verhängt.

Die Berliner Volkszeitung erscheint wieder.

* Berlin. Das Verbot der Berliner Volkszeitung ist aufgehoben worden. Das Blatt ist gestern früh das erste Mal wieder erschienen.

Ein Weißbuch zur Reparationsfrage.

* Berlin. Dem Reichstag ist ein Weißbuch zugegangen, welches die Altenläden zur Reparationsfrage vom 26. Dezember 1922 bis Juni 1923 umfaßt. Das Weißbuch enthält die Beschlüsse der Reparationskommission sowie Noten, welche an die Reichsregierung und die Unterkommissionen der Reichsregierung auf diese Noten.

Ein Aufruf an die Sozialdemokraten.

* Berlin. Der "Vorwärts" veröffentlicht einen Aufruf der Reichstagsfraktion der PSDR an die Parteigenossen im Lande, in dem die Partei über ihre Haltung während der letzten Regierungskrise Bericht erbracht und betont, daß die Aufstellung, der sich die Mehrheit der Fraktion anschloß, darauf hinausging, daß eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den von den schwerindustriellen Vertretern der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei gefestigten und von dem unter dem Einfluß Stegerwalds stehenden Teile der Christlichen Gewerkschaftsbewegung unterstüpten Aktion eine Reichsregierung zur Notwendigkeit gemacht hätte, was in Wirklichkeit nicht der Fall war. Der Aufruf schließt mit dem Hinweis darauf, daß auch die Mehrheit der Fraktion mit der Mehrheit in der Erkenntnis einig war, daß den Parteien und Gewerkschaften ein schwerer Kampf bevorstehe. Um diesen erfolgreich zu bestehen, würde die Partei ungeachtet der bestehenden Meinungsverschiedenheit der inneren Geschlossenheit und der Schlagkraft der Organisation.

Zeitungverbote im Ruhrgebiete.

* Gelsenkirchen. Wegen Veröffentlichung der Meldepunkt über die Verbrechen mit Dogoutte wegen der Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiete sind die "Eiserne Volkszeitung", die "Eiserne Arbeiterzeitung", der "Mühlbauer Generalanzeiger" und die "Oberbauwerker Zeitung" auf 8 Tage verboten worden.

Verlegung des Streifles in Oberösterreich.

* Wattens. Zu der verbreiteten Meldepunkt auf einen Generalstreik auf den Gruben und Hüttenwerken Polnisch-Oberschlesiens sind wir in der Lage mitzutellen, daß in den gestrigen Nachstunden die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu einer Einigung geführt haben. Die Arbeit dürfte am heutigen Mittwoch wieder vollkommen aufgenommen werden.

Nationale Arbeiterkundgebung für den Frieden.

* Paris. Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat beschlossen, am 11. Oktober eine nationale Arbeiterkundgebung für den Frieden in Paris, Ville, Reims, Bourdeau und Strasbourg zu veranstalten.

Von der britischen Reichskonferenz.

* London. Die "Times" schreibt, die am Montag geplante vertragliche Erörterungen der Reichskonferenz seien ohne größter Bedeutung gewesen. Der Ertrag der Tage in Europa und seine Wirkung auf die Rotationen des britischen Gemeinwohls seien erwartet worden. Es sei zumindest ein konkreter Plan für eine Regelung außer verschiedenen Vorschlägen praktischen Charakters vorliegen. Auch die Stellung der Dominions mit Bezug auf die auswärtige Politik sei allgemein erörtert worden, und das Hauptmerkmal der Verhandlungen sei der Versuch gewesen, das unmittelbare Problem des europäischen Chaos endgültig anzusagen. Bis zum Freitag, wo dem Vernehmen nach Europa die Debatten wieder aufnehmen werde, werde es möglich sein, die Ansichten von Sachverständigen über die verschiedenen Vorschläge einzuhören, die von den Premierministern der verschiedenen Dominions unterbreitet worden seien.

Amerikanische Vorschläge über die Reparationszahlungen.

* London. Reuter meldet aus Washington, Präsident Coolidge sei der Ansicht, daß bei der gegenwärtig in Europa herrschenden Geistesverfassung wenig oder nichts durch die Verarbeitung einer Weltwirtschaftskonferenz gewonnen werden würde. Die amerikanische Regierung habe den europäischen Nationen den Vorschlag unterbreitet, daß eine internationale Kommission gebildet werden soll, um die Hälfte Deutschlands zu Reparationszahlungen festzustellen. Einen weiteren Schritt in dieser Angelegenheit gebe es nicht.

Gerichtshof.

* Ein aufsehenerregender Freispruch. Der 21-jährige Student Anton Bartusek aus Breslau in der Tischlerei lernte am 25. Mai d. J. in einem Breslauer Kaffeehaus den Kaufmann Samuel Bloch kennen. Die beiden wurden miteinander sehr vertraut. Eines Abends, als sie sich in Blochs Hotelzimmer unterhielten, leiste Bartusek seinem Freund plötzlich einen Schlag vor mit den Worten: „Gebt mir Geld! Gebt mir Geld! Ich habe Sie sofort die Geldtasche und Wertpapiere heraus, sonst schicke ich Sie nieder!“ Gleichzeitig hielt er ihm einen Revolver vor die Stirne. Bloch handelte daraufhin dem Studenten seine Geldtasche mit 25000 M. aus. Der Student forderte mehr. Der Kaufmann erklärte, er habe bei einem Hotelwirt eine größere Summe deponiert. Bartusek hämmerte sich daraufhin mit seinem linken Arm bei Bloch ein, stießte die Hand mit dem Revolver in die rechte Faust und ging so mit ihm in das bezeichnete Hotel, wo der Wirt jedoch nicht antrat. Bartusek ließ den Verhafteten nun laufen, verzögerte aber, daß er am nächsten Morgen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal sei und Geld mitbringe. An dem verdeckten Platz wurde der Student am nächsten Tage verhaftet. Vor dem Schwurgericht in Breslau behauptete Bartusek, daß er habe im kommabulalen Zustand gehandelt. Das Geständnis, daß er während der Unterforschungshaft abgelegt habe, hätte man ihm abgesetzt. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen und Bartusek wurde freigesprochen. Dieser Freispruch erregt in Breslau großes Aufsehen.

* Ein Gerichtsurteil über die Berufsschule. Eine für das ganze sächsische Schulwesen sehr bedeutsame Entscheidung hat jedoch die achte Strafammer des Leipziger Landgerichts gefällt. Ein Leipziger Vater, Justizoberwachtmeister M., hatte vom Schulamt eine Strafverfügung bekommen, weil er seinen zwölfjährigen Sohn vom Besuch der Berufsschule Leipzig-Connewitz zurückgehalten hatte. Die im Bezirk dieser Schule wohnenden Eltern waren gezwungen worden, ihre Kinder in diese Schule zu schicken, auch nachdem sie aus einer Berufsschule in eine Berufsschule um-

